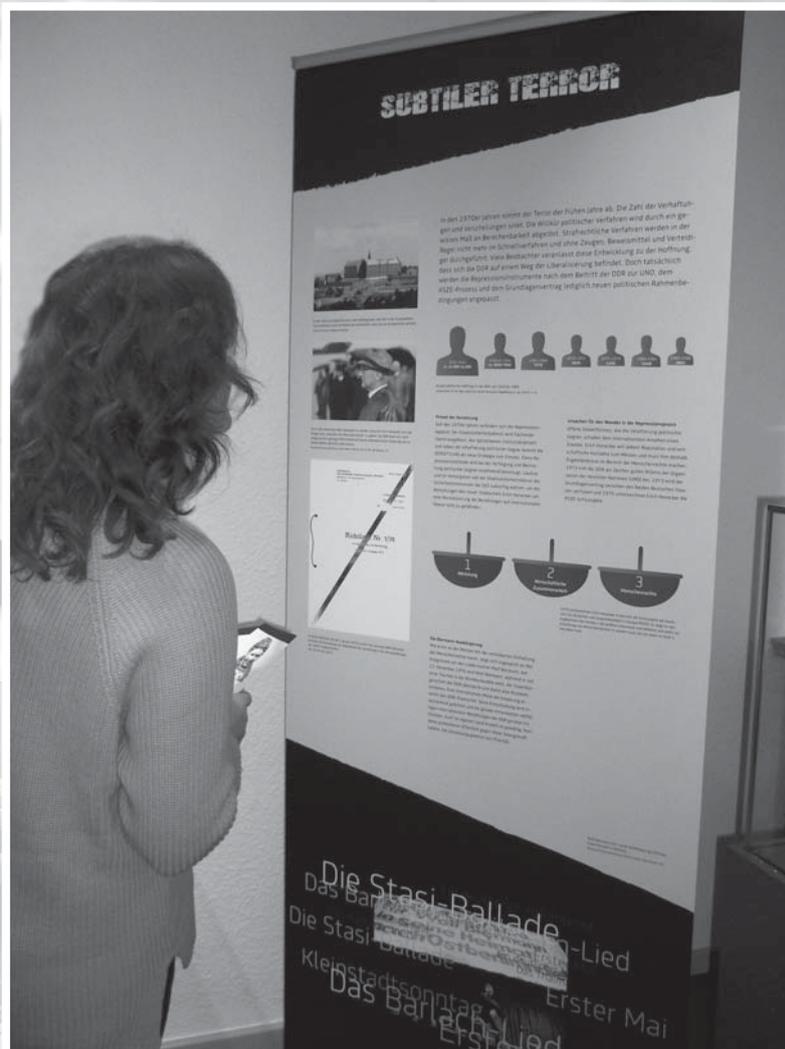


# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2019



**Spezialheimkinder-Reha**

**Subtiler Terror**

**Kontroverse um Rostocker Ausstellung**

## Bleibende Verunsicherung

(st) Seit längerem ist die DDR-Repressionsmethode der „Zersetzung“ Forschungsgegenstand, dennoch ist erst im Herbst letzten Jahres vom Bundesrat eine Entschließung verabschiedet worden, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, nach Wegen zu suchen, um auch Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Entschädigungsleistungen zu ermöglichen.

Warum so spät? Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei wahrscheinlich das Perfidie der Methode. Kein Täter tritt in Erscheinung, weder die Vertreter von Polizei noch von Staatssicherheit bauen sich drohend auf, nein, der Alltag fängt an zu erodieren. Ausbildung, Beruf, Privatleben funktionieren plötzlich nicht mehr richtig. Der Betroffene wird durch scheinbar schicksalhafte Schläge aus der Bahn geworfen. Mißerfolge, Beziehungskrisen aller Art und Zweifel an der eigenen geistigen Gesundheit stellen sich ein, Leben und Persönlichkeit werden – zersetzt. Das Grundvertrauen wird nachhaltig zerstört. Die Opfer kämpfen mit den Folgen zum Teil lebenslang. Seit 1976 ist diese Methode fester Bestandteil der geheimdienstlichen Arbeit in der DDR unterhalb der Ebene strafrechtlicher Verfolgung gewesen.

Am 11. Januar 2019 wurde im Stasimuseum in Berlin-Lichtenberg die Wanderausstellung „Zersetzung: Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“ in Kooperation von Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. und Stasimuseum/ASTAK e.V. eröffnet. Zur Begrüßung sagte Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender und einst selber Ziel von Zersetzung, die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen hätten zwar gewußt, daß sie unter Beobachtung stünden, das ungeheure Ausmaß aber sei erst nach 1989 klar geworden. „Eine Verunsicherung, die in den Menschen drin ist und die bleibt.“ Auch hinsichtlich dieses Themas seien die politischen Mandatsträger völlig ahnungslos. Die Betroffenen wollten nicht bedauert werden, sondern, wie z.B. mit dieser Ausstellung, aufklären.

Dem schloß sich auch Jörg Drieselmann, Leiter des Stasimuseums, an. Die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte müsse in Gang gehalten werden. Beschäftigung mit Geschichte sei immer auch Beschäftigung mit Tagespolitik. Das Thema Zersetzung gerade jetzt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken, sei wichtig. Die Beschreibung von

Zersetzung gestalte sich viel schwieriger, als einen Haftaufenthalt darzustellen. Im Stasimuseum befasse man sich mit der Perspektive der Verfolger, so Driesel-

mann, es sei wichtig, „einen Blick in den Maschinenraum der Diktatur zu werfen“. Deshalb sei diese Sonderausstellung für das Stasimuseum ein Perspektivwechsel gewesen.

Die Ausstellungstafeln wurden vom Stasimuseum durch einige Vitrinen ergänzt, in denen Gegenstände zu sehen sind, die das MfS im Zusammenhang mit Zersetzung anwendete, z.B. Einbruchs- und Überwachungstechnik.

Die Ausstellung der „Denkstätte Teehaus Trebbow e.V.“, kuratiert von Dr. Sandra Pingel-Schliemann, ist noch bis zum 15. März 2019 zu sehen im Stasimuseum, Haus 1, 3. Etage, Ruschestr. 103, 10365 Berlin.



Ausstellungstafel über Folgen der Zersetzung.

## Opfervertreter trafen Bundespräsidenten

(bb) Am 29. November 2018 empfing der Bundespräsident eine Gruppe von Opfern und Opfervertretern von SED und SBZ.

Neben dem UOKG-Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski waren Carla Ottmann (inhaftierte Frauen und verfolgte Schüler), Joachim Krüger (Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen),

Sibylle Dreher (deportierte Frauen), Rainer Buchwald (VOS), Sybille Krägel (NKWD-Lager Tost), Inge Bennewitz (Zwangsaussiedlungen und verfolgte Studenten), Dr. Christian Sachse (DDR-Heimkinder und Zwangsarbeit), Katrin Behr (Zwangsadoptionen) und Dr. Jürgen Holdefleiß (Betroffene von Rentenunrecht) sowie Benjamin Baum-

gart von der UOKG-Geschäftsstelle bei dem Gespräch dabei. Der Bundespräsident hörte sich sehr interessiert und betroffen die vielen verschiedenen Themen an, die die jeweiligen Repräsentanten vortrugen, und versicherte, sich nach seinen Möglichkeiten dafür einzusetzen, daß die Themen ihren Weg in die Politik finden.



(V.l.) Christian Sachse, Katrin Behr, Joachim Krüger, Sibylle Dreher, Inge Bennewitz, Dieter Dombrowski, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Carola Ottmann, Sybille Krägel, Jürgen Holdefleiß und Rainer Buchwald im Schloß Bellevue.